

Pressemitteilung



Amt für Information der Evangelischen Landeskirche in Württemberg
Theodor-Heuss-Straße 23 70174 Stuttgart

Amt für Information
der Evangelischen
Landeskirche in
Württemberg

Theodor-Heuss-Straße 23

70174 Stuttgart

Telefon (0711) 2 22 76 - 58

Fax (0711) 2 22 76 - 43

Freitag, 20. Oktober 1995

Initiative des Pfarrvereins begrüßt

Finanzierungsvorschlag des Pfarrvereins so nicht durchführbar

Stuttgart. Oberkirchenrat Peter Stoll begrüßte vor den Dekanen der Landeskirche, die Initiative des Pfarrvereins, weiterhin 60 Vikare pro Jahr einzustellen. Im Sommer hat die Landesynode beschlossen, nur noch 30 Theologen pro Jahr zu übernehmen. Problematisch sei aber, so der Finanzdezernent, die vom Pfarrverein vorgeschlagene Finanzierung. Bei der Dekansdienstbesprechung in Stuttgart rechnete Peter Stoll vor, daß damit in den nächsten 45 Jahren ein Finanzvolumen von über 600 Millionen Mark aufgebracht werden müsse.

Das vom Vorstand des Pfarrvereins vorgeschlagene und bei dem jährlichen Treffen der Vertrauensleute Anfang Oktober bestätigte Finanzierungsmodell schlägt eine Dreiteilung der Kosten vor: Einen Verzicht der Pfarrerschaft, eine Entnahme aus dem Ausgleichsstock der Kirchengemeinden und einen Beitrag der Landeskirche. Dabei seien die Folgekosten nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden, so der oberste Kämmerer der Landeskirche.

Die Dreiteilung halte einer Überprüfung noch nicht stand. So wäre ein Verzicht der Pfarrerschaft auf Teile des Weihnachtsgeldes für diesen Zweck erst ab 1998 möglich. Durch einen Beschluß der Synode bekommen die Pfarrerrinnen und Pfarrer bis einschließlich 1997 nur die Hälfte des Weihnachtsgeldes ausbezahlt. Der Verzicht belaufe sich in dem Zeitraum von 45 Jahren auf eine Größenordnung von 160 Millionen Mark. Damit könne kein Drittel der entstehenden Kosten gedeckt werden. Wenn Geld aus dem Ausgleichsstock entnommen werde, um den Gemeindeanteil aufzubringen, würde dies etwa 300 Millionen Mark ergeben. Doch dieses Geld sei dafür nicht vorgesehen. Es werde in den kommenden Jahren für notwendige Instandsetzungsarbeiten dringend gebraucht.

Auch eine Finanzierung des dann noch fehlenden Betrags durch die Landeskirche sei in der jetzigen Haushaltsstruktur nicht vorstellbar, erklärte Peter Stoll. Sonst müßten andere Bereiche erheblich gekürzt werden. Trotzdem betonte Oberkirchenrat Peter Stoll, daß es sich lohne über solche alternative Modelle nachzudenken, weitere Personalstellen zu finanzieren.

Christof Vetter